

KJR Positionspapier Nachhaltigkeit

Zu heiße Sommer, Waldbrände, weniger Niederschläge, Artensterben, abschmelzende Pole. Die Auswirkungen der Klimakrise sind bereits allgegenwärtig sichtbar. Wenn wir nicht jetzt und konsequent handeln, werden wir die beschlossenen Ziele des Pariser Klimaabkommens nicht einhalten können.

Die Landesregierung hat sich 2018 mit der Nachhaltigkeitsstrategie für Sachsen-Anhalt zu ihrer Verantwortung gegenüber den jungen Menschen in diesem Land bekannt. Ziel ist auch in Sachsen-Anhalt die Umsetzung der von den Vereinten Nationen beschlossenen Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals - SDG).

Als Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. beziehen wir zu verschiedenen Handlungsfeldern der Nachhaltigkeitsstrategie und damit den SDG Position. Die Grundlage für diese Positionierung bilden die Ergebnisse zweier Beteiligungsprozesse im Rahmen des Projektes „Jugend Macht Zukunft“. Beteiligt waren junge Menschen aus ganz Sachsen-Anhalt. Die Ergebnisse dieser Prozesse wurden von den Mitgliedsverbänden des KJR aufgegriffen, diskutiert und erweitert.

Grundlage unserer Position sind folgende Erkenntnisse:

- Die Klimakrise ist eine globale und existenzielle Krise. Jede*r einzelne von uns, aber auch wir als Jugendverbände, sind gefragt, unser Handeln zu überdenken. Darüber hinaus ist es die Aufgabe der Jugendverbände, noch stärker als bisher Politik und Gesellschaft zu konsequentem Handeln aufzufordern.
- Eine so grundsätzliche und globale Krise braucht komplexe Antworten. Die SDG betrachten daher richtigerweise immer drei Dimensionen: Ökologie, Soziales und Ökonomie. Die Akteur*innen auf allen politischen Ebenen und in allen Ressorts müssen entsprechende Rahmenbedingungen für eine konsequente Umsetzung der SDG schaffen.
- Basis von Veränderung ist die Erkenntnis der Notwendigkeit sowie das Wissen, wie Veränderung möglich ist. Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) ist daher ein zentraler Baustein auf dem Weg zur Überwindung der Krise. Hierbei handelt es sich um ein auf den SDG basierendes Bildungskonzept, welches Menschen in die Lage versetzen soll, ihr eigenes Handeln in globalen Zusammenhängen zu betrachten und verantwortungsvolle Entscheidungen für eine nachhaltige Gegenwart und Zukunft zu treffen.
- Es geht um die Zukunft junger Menschen: Ihre konsequente Beteiligung an allen sie betreffenden Entscheidungen muss daher handlungsleitend sein. Das beginnt im Konkreten z. B. in der Kita und endet bei der Aushandlung politischer Ziele und der Erarbeitung von Gesetzen.

Unser gemeinsames Ziel ist es, jungen Menschen die Kompetenz zu vermitteln, ihr eigenes Umfeld selbst nachhaltig zu gestalten und vorausschauend zu denken. Damit diese ihre Interessen und Kompetenzen einbringen können, bedarf es entsprechender Rahmenbedingungen. Wir fordern daher einen ganzheitlichen Ansatz bei gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen. Diese müssen sowohl die ökologische Dimension im Kontext von Umwelt- und Naturschutz als auch die soziale und die ökonomische Dimension berücksichtigen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist ein Bildungskonzept, welches Menschen in die Lage versetzen soll, ihr eigenes Handeln in globalen Zusammenhängen zu betrachten und verantwortungsvolle Entscheidungen für eine nachhaltige Gegenwart und Zukunft zu treffen. Eine erfolgreiche BNE schafft Situationen, in denen Menschen die Möglichkeit gegeben wird, Werte und Haltungen zu hinterfragen, sich aktiv in gesellschaftspolitische Gestaltungsprozesse einzubringen und eigene Werte und Haltungen zu zeigen. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist als Querschnittsthema daher in allen Ressorts der Landespolitik von zentraler Bedeutung.

1. Bildungsoffensive Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

BNE muss als Querschnittsthema in der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Aus- und Fortbildung von Multiplikator*innen integriert werden. Dafür müssen die nötigen zeitlichen und finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden. Die Stärkung und Anerkennung von Multiplikator*innen für Nachhaltigkeit sind dabei zentral. In vielfältigen Angeboten kann so eine bewusste, reflektierte Auseinandersetzung mit sich, der eigenen Lebenswelt und der Umwelt gefördert werden.

2. Durch BNE Beteiligungsrechte aktiv stärken

Für eine gesellschaftlich erfolgreiche Implementierung einer BNE müssen ausreichend Freiräume und Projekte für außerschulische BNE geschaffen werden. So kann schon früh ein Bewusstsein für Themen der Nachhaltigkeitsstrategie geschaffen und gemeinsam mit jungen Menschen an Umsetzungsmöglichkeiten gearbeitet werden. BNE soll dafür qualifizieren, sich auch in gesellschaftliche Prozesse im Bereich Nachhaltigkeit aktiv einzubringen. Diese gesellschaftlichen Prozesse müssen so konzipiert sein, dass sie eine der Zielgruppe entsprechende Beteiligung ermöglichen.

Ernährung

Gute Ernährung und Ernährungsbildung sind Bestandteil einer umfassenden Förderung von Kindern und Grundsteine für ein gesundes Aufwachsen. Die Ernährungsweise unserer Gesellschaft kann einen wesentlichen Beitrag leisten, Klimaerwärmung zu verlangsamen und Umweltzerstörung einzugrenzen: Die industrielle Produktion von Lebensmitteln ist vielfach enorm schädlich für die Umwelt und das Klima. Sie verbraucht in großen Mengen essenzielle Ressourcen, wie zum Beispiel Wasser und Energie. Allein die Fleischindustrie produziert mehr klimaschädliche Gase als der gesamte Verkehr. Daher ist es notwendig, nachfolgende Generationen so früh wie möglich an eine nachhaltige und ökologische Ernährungsweise heranzuführen. Jedoch ist gute Ernährung vielfach auch eine Frage des Geldbeutels. Im Bereich der Ernährung sind junge Menschen zudem in der Regel von der Versorgung im Elternhaus und in den Bildungseinrichtungen abhängig.

Als Kinder- und Jugendring fordern wir mit Blick auf das Thema Ernährung:

1. Mehr Wissen über Nahrungsmittel und ihre Produktion vermitteln

Durch gezielte Bildungsinitiativen kann der Wert von Lebensmitteln sowie die Selbstwirksamkeit in Bezug auf nachhaltigen Konsum klar verdeutlicht werden. Schulische wie auch außerschulische Akteur*innen müssen dafür mit finanziellen Ressourcen ausgestattet und ihre Initiativen unterstützt werden. Ansatzpunkte für Bildungsprojekte

wären beispielsweise Produktion, Verpackung, Verteilung, Verkauf oder Entsorgung von Nahrungsmitteln. Zielgruppen wären junge Menschen und ihre Familien sowie Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit.

2. Zugang zu ökologisch produzierten, regionalen Lebensmitteln ermöglichen

Nachhaltige Ernährung darf keine Frage der eigenen finanziellen Ressourcen sein. Zentrales Ziel muss es daher sein, nachhaltige Lebensmittel (regional, bio, saisonal) für eine größere Zahl von Menschen zugänglich zu machen. Durch gezielte Förderung sollten Anreize geboten werden, damit Lebensmittelunternehmen verstärkt klimafreundlicher produzieren. Vegetarische und vegane Menüs sollten fest im Speiseplan der Bildungseinrichtungen oder Kantinen integriert werden. Ein gutes Instrument, um nachhaltige Ernährung zu stärken, wäre die Mehrwertsteuerbefreiung/-reduzierung für pflanzliche Lebensmittel.

3. Junge Menschen müssen mitentscheiden können, was auf ihren Teller kommt

Wer sollte entscheiden, was junge Menschen essen? Wer legt in der Bildungseinrichtung fest, welche drei Menüs angeboten werden und ob es fleischlose Varianten gibt? An welchen Stellen erfolgt eine Beteiligung junger Menschen, wenn neue Regelungen und Gesetze über Standards in der Lebensmittelproduktion oder das Tierwohl getroffen werden? Die Beteiligung junger Menschen und die Befähigung für eine ernstgemeinte Beteiligung müssen auch im Bereich Ernährung konsequent mitgedacht und selbstverständlich werden.

4. Lebensmittel als wertvolle Ressource wertschätzen

Rund 11 Millionen Tonnen Lebensmittel landen in Deutschland jährlich im Müll, hier gilt es anzusetzen. Um das Bewusstsein der Menschen für einen ressourcenarmen Konsum zu stärken, bedarf es umfassender Bildungsinitiativen in der schulischen, außerschulischen und in der Erwachsenenbildung. Das Containern muss entkriminalisiert werden. Initiativen zur Verwertung/Weiterverteilung von nicht im kommerziellen Betrieb verkaufbaren Lebensmitteln sollten durch das Land gefördert werden.

5. Lebensmittelumverpackung reduzieren

Der eingeschlagene Weg hin zu weniger Verpackung muss konsequent weitergegangen werden. Der Trend zu immer mehr Umverpackungen ist zu stoppen. Die Einführung der Mehrwegpflicht in der Gastronomie ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Parallel zu gesetzlichen Vorgaben mit Blick auf die Vermeidung von Verpackung muss die Entwicklung alternativer Verpackungen vorangetrieben und Ideengeber*innen aus Sachsen-Anhalt unterstützt werden.

6. Mit mehr Transparenz nachhaltigen Konsum ermöglichen

Um Konsumententscheidungen nachhaltig treffen zu können, bedarf es ausreichender Informationen, beispielsweise über Produktionsbedingungen. Der Erhalt dieser Informationen ist durch die Einführung unterschiedlicher (verpflichtender) Produktkennzeichnungen (z. B. Label) einfacher geworden, jedoch weiterhin ausbaufähig. Wünschenswert wäre eine systematische Kennzeichnung, die die unterschiedlichen Nachhaltigkeitsaspekte (sozial, ökologisch, ökonomisch) berücksichtigt und über die Kennzeichnung einzelner Produktgruppen, wie beispielsweise Lebensmittel, hinausgeht.

Nachhaltige Mobilität

Für junge Menschen ist Mobilität entscheidend dafür, ob sie sich mit Freund*innen treffen, den nächsten Jugendclub besuchen oder an kulturellen Veranstaltungen teilhaben können. Der motorisierte Straßenverkehr stellt jedoch eine erhebliche Belastung für die Umwelt und den Menschen dar. Umweltfreundliche Alternativen sind das Fahrrad und der ÖPNV.

Gleichzeitig sind junge Menschen schon allein wegen ihres Alters oft auf diese Verkehrsmittel angewiesen. So stellen das Fahrrad und der ÖPNV elternunabhängige, selbstbestimmte und im besten Fall preisgünstige Formen der Mobilität dar. Dennoch gibt es viele Herausforderungen. Gerade in den ländlichen Räumen im Flächenland Sachsen-Anhalt stellt der ÖPNV häufig keine brauchbare Alternative dar und auch der Radverkehr gestaltet sich mitunter schwierig. So verfügen nur rund ein Fünftel der Landes- und Bundesstraßen in Sachsen-Anhalt über einen Radweg. Das Vorhandensein eines Radweges sagt zudem noch nichts über den Zustand der Wege und deren Sicherheit aus.

Für eine nachhaltige Mobilität fordern wir daher:

1. Sicherheit im Radverkehr durch Aus- und Umbau von Radwegen erhöhen

Das Herzstück für einen sicheren Radverkehr ist ein gut ausgebautes und sicheres Radwegenetz. Um dies zu gewährleisten, müssen beim Neu- und Umbau bestimmte Normen eingehalten werden. Dies umfasst u. a. die Trennung des Radweges von Fußweg und Straße und eine Mindestbreite von 120 cm. Bestehende Radwege müssen regelmäßig überprüft, gereinigt und optimiert werden. Zur Verbindung von Ortschaften – insbesondere in ländlichen Räumen oder Stadtteilen – bedarf es eines Ausbaus von Rad(schnell)wegen. Bei der Planung müssen auch Nebenaspekte, bspw. eine ausreichende Verschattung der Wege, mitgedacht werden.

2. Stärkere Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmer*innen

Verkehr ist nur dann sicher, wenn alle Verkehrsteilnehmenden aufeinander achten und sich an die Verkehrsregeln halten. Daher fordern wir eine stärkere Einbindung von Angeboten zur Verkehrserziehung an den Schulunterricht. Diese Einbindung muss über einmalige Projekte, wie z. B. die Fahrradprüfung, hinaus regelmäßig erfolgen. Eines größeren Augenmerks für die Sicherheit von Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen bedarf es auch im Rahmen des Fahrschulunterrichts.

3. Fahrradattraktivität durch neue Initiativen erhöhen

Um mehr Menschen dazu zu motivieren, auf das Rad umzusteigen, braucht es eine stärkere Wahrnehmung der Vorteile des Radfahrens. Eine Kampagne, die z. B. bewusst auf Umwelt- und Gesundheitsaspekte hinweist, kann hier hilfreich sein. Weitere Initiativen, wie z. B. Bike-Sharing-Angebote, kostenlose Fahrradmitnahme in allen Verkehrsmitteln, Lastenfahrradstellplätze und die Erhöhung der Pauschale für Fahrradnutzung im Landesreisekostengesetz, können die Attraktivität erhöhen.

4. Kostenloser ÖPNV für junge Menschen

Die Mobilität und die damit verbundenen Teilhabemöglichkeiten von jungen Menschen dürfen nicht von der finanziellen Situation und den Mobilitätsmöglichkeiten der Eltern abhängen. Daher muss der öffentliche Nahverkehr für alle jungen Menschen kostenlos zur Verfügung stehen.

5. Ausbau des ÖPNV

Fehlende Verfügbarkeit, unregelmäßige Fahrtzeiten oder zu wenig Raum für den Kinderwagen oder das Rad sorgen dafür, dass der ÖPNV oft keine gute Alternative darstellt. Es braucht eine deutliche Taktterhöhung, auch an Wochenenden sowie in den Abend- und Nachtstunden. Um die Attraktivität des ÖPNV für junge Menschen zu erhöhen, bedarf es eines flächendeckenden Ausbaus. Dies gilt insbesondere für ländliche Räume. Bei Angeboten wie Rufbussen braucht es Maßnahmen für ein verbessertes Sicherheitsempfinden und mehr Flexibilität.

6. Alternative Mobilitätskonzepte voranbringen

Um den motorisierten Straßenverkehr nachhaltiger zu gestalten, müssen alternative Mobilitätskonzepte konsequent vorgebracht und mitgedacht werden. Dies umfasst u. a. den Ausbau der Infrastruktur für E-Mobilität sowie die Förderung gemeinschaftlicher Nutzung von Fahrzeugen, wie beispielweise Car-Sharing. Hierbei müssen insbesondere die ländlichen Räume in den Blick genommen werden.

Ressourcen und Energie

Der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen und die Eindämmung der Erderwärmung sind seit Jahren wichtige Forderungen junger Menschen. Die weltweite Fridays For Future-Bewegung und die Aktivitäten vieler Jugendverbände stehen hierbei sinnbildlich für die Dringlichkeit der Thematik und ihre Bedeutung für die junge Generation. Der Artenschutz erfordert mehr Engagement. Die Folgen der Erderwärmung, wie beispielsweise Trockenheit, sind bereits jetzt in Sachsen-Anhalt spürbar. Die Energiekrise in Folge des russischen Angriffskriegs macht die Konsequenzen der verfehlten Klima- und Energiepolitik der letzten 20 Jahre mehr als deutlich.

Deshalb fordern wir als Kinder- und Jugendring mit Blick auf das Thema Energie und Ressourcen:

1. Erneuerbare Energien ausbauen

Es bedarf lokaler Energiekreisläufe, die dafür Sorge tragen, dass die vor Ort erzeugte Energie in den Regionen bleibt. Durch die Förderung von Balkonkraftwerken oder auch kleinen Windkraftanlagen für den Hausgebrauch ergibt sich die Möglichkeit, Strom vor Ort zu produzieren und diesen auch sofort zu verbrauchen. Neben der dezentralen Produktion braucht es Möglichkeiten der Speicherung. Sind ein Verbrauch oder eine Speicherung in der Region nicht möglich, muss eine Netzeinspeisung gewährleistet sein. Die Forschung in diesen Bereichen muss ausgebaut werden.

2. Wälder schonen und aufforsten

Gestresste Waldgebiete müssen ökologisch verträglich bewirtschaftet werden, indem die Entwässerung und Verdichtung von Waldböden vermieden werden. Nur so kann der Schutz der Artenvielfalt sichergestellt werden. Abgerodete Waldflächen sollten vorrangig mit heimischen und dem Klima angepassten Baumarten aufgeforstet werden. Gleichzeitig sollte geprüft werden, ob darüber hinaus weitere Flächen zur Aufforstung zur Verfügung gestellt werden können.

3. Intakten Wasserhaushalt langfristig sichern

Die vom Wasserstress betroffenen Regionen des Landes müssen kontinuierlich überwacht und bei Präventivmaßnahmen unterstützt werden. Es müssen Maßnahmen zur flächendeckenden Sicherung bzw. Anhebung des Grundwasserspiegels sowie eine Erhöhung des Wasserrückhaltepotenzials in Stadt und Natur entwickelt werden. Bei der Ansiedlung wasserintensiver Industrien ist sicherzustellen, dass die betroffenen Regionen langfristig nicht in Wasserstress geraten bzw. kompensierende Maßnahmen ergriffen werden.

4. Jugendbeteiligung im Strukturwandelprozess stärken

Eine Beteiligung junger Menschen am Prozess des Strukturwandels durch den Kohleausstieg im Mitteldeutschen Revier in Sachsen-Anhalt von 2021 bis 2038 muss durch jugendgerechte Formate sichergestellt werden. Durch Förderung von Vernetzung junger Menschen aus dem Mitteldeutschen Revier sowie Brandenburg und Nordrhein-Westfalen muss ein

überregionaler Austausch zu dem Thema ermöglicht werden. Dabei ist es wichtig, dass die Themen, die die jungen Menschen setzen, auch in die Praxis umgesetzt werden.

5. Urbanisierung nachhaltig gestalten

Im Rahmen einer intelligenten Stadtplanung muss in den wachsenden Städten (Magdeburg und Halle (Saale)) nicht nur der Bau von Einfamilienhäusern, sondern vor allem der soziale Wohnungsbau im Fokus stehen. Die Attraktivität von bestehenden Immobilien muss gesteigert werden, ohne zur Gentrifizierung beizutragen. Damit soll eine weitere Flächenversiegelung durch Straßen und Parkplätze verhindert werden. Des Weiteren müssen Freiflächen und Parks geschützt und neue Grünflächen, z. B. auf Häuserdächern, erschlossen werden.

6. Endlagersuche wissenschaftlich basiert und partizipativ gestalten

Mit Blick auf die Suche nach einem Endlager für (hoch)radioaktive Abfälle müssen auch tragfähige Lösungen für eine sichere Zwischenlagerung existieren. Das Verfahren zur Suche nach einem Endlager muss transparent, wissenschaftsbasiert und partizipativ sein. Ein politisch motivierter Gebietsschutz muss ausgeschlossen werden. Junge Menschen müssen in allen Phasen des Auswahlprozesses angemessen und jugendgerecht beteiligt werden.